



**Landesverband
Baden-Württemberg e.V.**

Tübinger Straße 15
70178 Stuttgart
Telefon: (0711) 6 07 02 17
Telefax: (0711) 6 07 02 18
eMail: info@vcd-bw.de
Internet: www.vcd-bw.de

Geschäftskonto:

Sparda-Bank Baden-Württemberg
Konto-Nr. 10 839 606
BLZ 600 908 00

Spendenkonto:

Sparda-Bank Baden-Württemberg
Konto-Nr. 110 839 606
BLZ 600 908 00

Stuttgart, 26. Juni 2007

VCD Baden-Württemberg e.V. • Tübinger Straße 15 • 70178 Stuttgart

An Herrn
Ministerpräsident Günter Oettinger
Staatsministerium Baden-Württemberg
Richard-Wagner-Straße 15

70184 Stuttgart

Stuttgart 21 / Neubaustrecke Wendlingen - Ulm

Ihre Aussagen im Interview in der Stuttgarter Zeitung vom 22.06.07

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Oettinger,

mit Befremden haben wir einige Ihrer Aussagen in oben genanntem Interview zu den Schienenverkehrsprojekten Stuttgart 21 und Neubaustrecke Wendlingen – Ulm zur Kenntnis genommen. Da beide Projekte zusammen eine Investition von rund 5 Mrd. Euro bedeuten, die zum überwiegenden Teil vom Steuerzahler aufgebracht werden müssen, sollten die Gründe für diese Projekte zumindest korrekt und nachvollziehbar sein. Ihre Aussagen im Interview mit der Stuttgarter Zeitung sind jedoch teilweise falsch:

- 1. Sie behaupten, der TGV erreiche Stuttgart ab Paris mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von mehr als 180 km/h, um im Anschluss mit 30 km/h über die Schwäbische Alb zu zuckeln.*

Richtig ist, dass der kurze Abschnitt der Geislinger Steige nur mit 70 km/h befahren werden kann. Dennoch beträgt die Durchschnittsgeschwindigkeit für ICE-Züge von Stuttgart nach Ulm 104,4 km/h. Für eine im Jahr 1850 gebaute Bahnlinie ist dies ein respektabler Wert.

- 2. Sie behaupten, ohne die Hochgeschwindigkeitsstrecke von Wendlingen nach Ulm würden die TGV von Paris/Strasbourg nach München über Frankfurt anstelle von Stuttgart fahren.*

Richtig ist, dass die Fahrzeit von Paris über Frankfurt nach München (7 Stunden) trotz der Hochgeschwindigkeitsstrecke von Ingolstadt nach München schon heute länger ist als über Stuttgart unter Einbeziehung der bestehenden Filstalstrecke (6 Stunden). Die Gefahr einer weiträumigen Umfahrung Stuttgarts oder gar Baden-Württembergs im

Hochgeschwindigkeits-Schienenverkehr stellt sich somit nicht (mit oder ohne Realisierung von Stuttgart 21 bzw. der Neubaustrecke).

3. *Sie behaupten, die Bundesrepublik Deutschland sei aufgrund internationaler Vereinbarungen zum Bau der Neubaustrecke von Wendlingen nach Ulm verpflichtet.*

Richtig ist, dass es für den Ausbau der „Magistrale für Europa“ nur rechtlich unverbindliche Absichtserklärungen gibt. Ganz im Gegensatz zum Ausbau der Rheintalstrecke, wo es tatsächlich völkerrechtlich verbindliche Verträge mit der Schweiz gibt. Für dieses Projekt, dessen Bau 1987 begonnen wurde und spätestens 2016 zeitgleich mit dem Gotthard-Basistunnel in Betrieb gehen müsste, können wir aber bei weitem nicht das Engagement der Landesregierung erkennen wie für Stuttgart 21 und die Neubaustrecke nach Ulm, geschweige denn eine milliardenschwere Mitfinanzierung durch das Land Baden-Württemberg. Sollten weiterhin die Finanzmittel für die Rheintalbahn so spärlich wie bisher fließen, so ist mit einer Fertigstellung nicht vor 2030 zu rechnen. Eine Umlenkung von für die Rheintalbahn einsetzbaren Bundesmitteln für Stuttgart 21 und Wendlingen – Ulm vor 2017 mit der Folge einer verspäteten Fertigstellung der Rheintalbahn führt zu einem Vertragsbruch mit der Schweiz.

Der VCD bedauert sehr, dass in der Diskussion um die Prestigeprojekte Stuttgart 21 und die Neubaustrecke von Wendlingen nach Ulm mit falschen Angaben argumentiert wird. Wenn die Projekte wirklich so wichtig sind, wie von der Landesregierung dargestellt, sollte es möglich sein, mit richtigen Argumenten die Bürger und Steuerzahler von diesen Projekten überzeugen zu können. Die seit 13 Jahren andauernden Finanzierungsprobleme der Projekte deuten jedoch eher darauf hin, dass die Projekte gerade nicht volks- und betriebswirtschaftlich begründbar sind – gleichzeitig kürzt die Landesregierung den Fahrplan im von ihr zu verantwortenden Schienenpersonennahverkehr. Diese Politik ist weder nachhaltig noch effizient.

Mit freundlichem Gruß



Matthias Lieb
- Vorsitzender -